

Lipp, Ernst-Moritz

Article — Digitized Version

Die britische Strategie: Eine kritische Zwischenbilanz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lipp, Ernst-Moritz (1981) : Die britische Strategie: Eine kritische Zwischenbilanz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 4, pp. 189-193

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135549>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die britische Strategie – eine kritische Zwischenbilanz

Ernst-Moritz Lipp, Wiesbaden*

Die konservative Wirtschaftspolitik Margaret Thatchers – so 364 britische Ökonomieprofessoren – bedrohe die soziale und politische Stabilität Großbritanniens. Für ihren monetaristischen Glauben gebe es keine Basis in der ökonomischen Theorie. Im Gegensatz zur Regierungsansicht, wonach die Rezession ihren Tiefstand erreicht habe, steht auch der britische Industrieverband CBI. In seiner jüngsten Wirtschaftsanalyse prognostiziert er für dieses Jahr einen weiteren Produktionsrückgang von 3 %, eine Inflationsrate von 10 % und eine weitere Zunahme der jetzigen Arbeitslosenzahl von schon 2,5 Millionen. Welche Fehler muß sich die britische Regierung anrechnen lassen?

Die langjährigen gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Großbritannien nötigten der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit ein hohes Maß an Einfallsreichtum ab. Immer wieder traten Regierungen mit neuen Ideen an, teils mit kurzfristigen Ad-hoc-Maßnahmen, teils mit mehrjährig angelegten Strategien, wie dem „Social Contract“, der einkommenspolitische, steuer- und ausgabenpolitische Maßnahmen miteinander verwoben hatte. All diese wirtschaftspolitischen Anläufe konnten indessen nicht verhindern, daß bei fortgesetzter Investitionsschwäche der Produktivitätsfortschritt nahezu zum Stillstand kam und mit verschärften Verteilungskonflikten steigende Arbeitslosigkeit und ein hohes Inflationstempo einhergingen.

Anläßlich des letzten Wechsels in der Regierungsverantwortung im Jahre 1979 war eine grundsätzliche Wende für die Geld- und Finanzpolitik angekündigt worden. Eine mittelfristig orientierte Geldmengenpolitik sollte konsequent auf eine allmähliche Rückführung der Inflationsrate ausgerichtet werden. Die Finanzpolitik hatte diesen Kurs zu flankieren: Rasche Senkungen der direkten Steuern auf Löhne, Gehälter und Gewinneinkommen sollten Investitionen und Arbeitseinsatz wieder lohnend machen. Gleichzeitig sollte allmählich der Nettokreditbedarf des zentralen öffentlichen Haushalts von damals 9 1/4 Mrd. £ (= 5 1/2 % des BSP) verringert werden. Zusammengenommen bedeutete dies eine beträchtliche Senkung der Staatsquote.

Der Erfolg einer solchen stabilisierungspolitischen Strategie hängt entscheidend davon ab, wie rasch es gelingt, die Erwartungen der Akteure an den Güter-

märkten und am Kapitalmarkt und nicht zuletzt die Verhaltensweisen der Tarifpartner dauerhaft auf die angestrebten makroökonomischen Zielwerte, namentlich die zukünftige Preisänderungsrate, auszurichten. Ohne Friktionen wird die Anpassung an einen niedrigeren Inflationspfad in einer Welt der Entscheidungen unter Unsicherheit, der Schuldverhältnisse mit zeitversetztem Leistungsaustausch und der Terminkontrakte wohl nicht vonstatten gehen können. Das Problem liegt darin, daß zunächst die makroökonomischen Projektionen der staatlichen Wirtschaftspolitik der wesentliche Anhalt für die einzelwirtschaftlichen Dispositionen sind. Die den einzelwirtschaftlichen Anpassungsprozeß leitenden Signale wie Preisänderungen, Zinsänderungen und Nachfragereaktionen auf einzelnen Märkten sind selbst nicht ausreichend, die Entscheidung auf mikroökonomischer Ebene schon frühzeitig und unter Inkaufnahme eines unvermeidlichen Minimums an gesamtwirtschaftlichen Friktionen auf den Endpunkt des Anpassungsprozesses hin auszurichten. Die Verarbeitung der monetären und finanzpolitischen Impulse, die ein solcher Kurswechsel mit sich bringt, hat immer eine angebotsseitige und eine nachfrageseitige Dimension. Auf Dauer sollen günstigere gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen die Wachstumschancen verbessern. Veränderungen der Nachfragestruktur und der Produktionsbedingungen erfordern auf dem Weg dahin die Umsetzung von Produktion und Beschäftigung. Über steigende Zinsen und weichende Nachfrage in Bereichen, die nicht nur kurzfristig, sondern auf Dauer weniger begünstigt sein werden als im Inflationsklima, kommen zunächst einmal die kontraktiven Primäripulse zum Tragen. Sie beginnen auf der Angebotsseite und greifen dann mehr oder weniger kumulativ auf die Nachfrageseite über, je nach dem wie lange es dauert, bis aus dem Zusammenspiel von Kostentlastungen

Dr. Ernst-Moritz Lipp, 30, gehört dem wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an. Der Verfasser gibt in dem Artikel seine persönliche Auffassung wieder.

* Meinen Kollegen bin ich für hilfreiche Kommentare dankbar.

und verbesserten Absatzerwartungen neue Produktionschancen abgeleitet werden können.

Wie kräftig die Zinsen unterwegs steigen, wie hoch die Produktionsverluste und die Einkommensverluste ausfallen, im Verlaufe derer sich die Akteure zu einer Anpassung an die geänderten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen leiten lassen, ist kaum zu prognostizieren. Einen wichtigen Part spielt freilich die Lohnpolitik. Sie kann zwar durch ihr Verhalten die Friktionen nicht auf Null bringen; sie kann aber versuchen, Fehlentwicklungen möglichst gering zu halten, indem sie etwa frühzeitig signalisiert, daß sie bereit ist, die Verschlechterung der Unternehmenserträge auf dem schwierigen Weg zu niedrigeren Inflationsraten in Grenzen zu halten.

Führungsrolle der Geldpolitik

Die Geldpolitik sollte im wirtschaftspolitischen Konzept der Regierung Thatcher von Anfang an die Führungsrolle übernehmen. Die Vorankündigung eines mittelfristigen Korridors für die Expansion der Geldmenge Sterling M_3 ¹ zielte darauf ab, die Regierung selbst zu binden und über die Herstellung verlässlicher gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte zu stabilisieren.

Mit der Bekanntgabe des ersten Budgets 1979/80 wurde ein Korridor vorgegeben, der im Anfangsjahr für M_3 einen Zuwachs von 7 bis 11 % vorsah. Das zweite Budget legte die Geldpolitik auch auf mittlere Sicht fest; für 1980 wurde wiederum ein Korridor von 7 bis 11 % vorgegeben, bis 1984 soll der Anstieg auf 4 bis 8 % zurückgenommen werden. Im Jahre 1979 bewegte sich die Geldmengenexpansion noch entlang der Obergrenze des vorgezeichneten Korridors, im Jahr danach scherte sie aber beträchtlich nach oben aus². Dafür wird vor allem die Aufhebung des sogenannten „Korsetts“ verantwortlich gemacht. Bis in das Jahr 1980 hinein unterlagen die Banken Beschränkungen in bezug auf Einlagenzuwächse. Mit der Aufhebung dürften in großem Umfang Mittel umgeschichtet worden sein, die bis dahin in Anlageformen gehalten wurden, welche keinen Beschränkungen unterworfen waren. Deswegen kann die schubartige Expansion der Geldmenge M_3 nur schwer gedeutet werden, denn hierin spiegeln sich der Niveau-

Effekt der Regeländerung und etwaige expansive Abweichungen vom vorgegebenen Pfad wider. Es gibt indessen kritische Stimmen, die die Fähigkeit der Bank von England, die monetäre Expansion zu kontrollieren, prinzipiell in Frage stellen, weil eine unangemessene Technik der monetären Steuerung angewendet wird³. Anstatt die Expansion der Bankeinlagen über die Versorgung mit Reserveaktiva zu steuern, versucht die Bank von England durch ihre Zinspolitik und durch Offenmarktoperationen mit Staatsschuldtiteln, Einfluß auf das Aktivgeschäft der Banken und auf die Geldkapitalbildung zu nehmen⁴. Wenn eine Überschreitung des Geldmengenzieles droht, erhöht die Bank ihren Leitzins, kauft Staatsschuldtitel mit kurzer Laufzeit und verkauft solche mit langer Laufzeit. Weil die staatliche Nettokreditaufnahme makroökonomisch gesehen einer von mehreren Bestimmungsgründen der Einlagenexpansion ist, wird ihr als unmittelbare Zielgröße aus geldpolitischer Sicht eine so große Bedeutung beigemessen. Zwischen den Instrumenten, die der Bank zu Gebote stehen, dem Aktivgeschäft der Banken und den Veränderungen der Geldmenge M_3 gibt es jedoch keinen so verlässlichen Zusammenhang, daß daran die monetäre Steuerung geknüpft werden könnte⁵.

Ganz ohne Probleme ist der Übergang zu einer Steuerung des Bargeldumlaufs und der Zentralbank-einlagen (monetäre Basis) freilich nicht. Die Banken können ihren Reserveverpflichtungen nämlich sowohl durch Zentralbankgeld als auch durch Guthaben bei den London Clearing Banks und ebenfalls durch Staatspapiere mit kurzen Restlaufzeiten nachkommen. Der Zusammenhang zwischen Zentralbankgeldmenge und der Geldmenge M_3 ist daher eher lockerer als in der Bundesrepublik. Deshalb ist es auch nicht ohne weiteres möglich, aus der Expansionsrate der monetären Basis, welche die Bank kürzlich erstmals ausgewiesen hat, Schlüsse daraus zu ziehen, wie restriktiv die Geldpolitik war. Weder M_3 noch die sehr geringe Ausweitung der monetären Basis geben eindeutige Anhaltspunkte für die Bewertung der Geldpolitik im Jahre 1980.

Verschärfte Friktionen

Als die monetäre Expansion im Jahre 1979 aus dem Ruder zu laufen drohte, hat die Bank von England sich streng an ihr Konzept gehalten. Sie hat sich von der allzu raschen Expansion von M_3 veranlaßt gesehen, durch ihre Zinspolitik und durch Offenmarktoperationen einen kräftigen Zinsanstieg am kurzen wie langen Ende zu

¹ M_3 = Bargeldumlauf, Sichteinlagen sowie private und öffentliche Termineinlagen in britischer Währung.

² Vgl. World Financial Markets, Hrsg.: Morgan Guaranty Trust Company, Februar 1981, S. 9.

³ So M. P a r k i n: Mrs. Thatcher's Monetary Policy. Bisher unveröffentlichtes Manuskript zur Tagung der Mont Pelerin Society, Stanford, September 1980; kritisch hat sich kürzlich auch A. H. Meitzer geäußert.

⁴ Diese Vorgehensweise wird im Bilanzzusammenhang leicht anschaulich. Dafür ist der Statistische Anhang zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank hilfreich: „I. Bankstatistische Gesamtrechnungen, 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.“

⁵ Die Bank von England und die Regierung haben zuletzt im sogenannten „Green Paper“ vom März 1980 (Monetary Control, Cmnd. 7858 HMSO, London, März 1980) bekräftigt, daß sie das anders sehen. Erst neuerdings ist die Bank Ideen zur Reform der monetären Steuerung nähergetreten.

unterstützen. Die Zinsen erreichten im Frühjahr 1980 ihren bisherigen Höhepunkt; von da ab sind sie allmählich gesunken. Da die Bank ihre Zinspolitik seither nicht mehr unmittelbar von der Geldmengenexpansion leiten läßt, scheint sie die Beschleunigung als temporären Sondereffekt und damit als unschädlich für die Glaubwürdigkeit ihres Kurses anzusehen. Zu Beginn des Jahres 1981 liegt der Leitzins der Bank von England mit 12 % in etwa wieder auf dem Niveau von Anfang 1979. Der zwischenzeitliche Zinsanstieg hat die englische Währung über die Effekte der Erlöse aus dem Nordseeöl hinaus unter Aufwertungsdruck gesetzt. Über die monetäre Restriktion im Innern hinaus kam der industrielle Sektor zusätzlich von der außenwirtschaftlichen Seite in einem Maße unter Druck, welches konzeptionell wohl nicht vorgesehen war. Kurzfristig und graduallistisch darauf zu reagieren, war mit dem eingeschlagenen geldpolitischen Kurs kaum zu vereinbaren. Für die Dämpfung des Preisaufrichts war die Aufwertung eher günstig. Die Chancen dafür, daß die Expansionskräfte möglichst rasch zum Durchbruch kommen, haben sich aber wegen der verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit eher verringert. Erste Erfolge bei der Dämpfung der Inflationsrate haben sich mittlerweile eingestellt, allerdings im Zuge einer gravierenden Stabilisierungsrezession. Der zögerliche Stabilisierungserfolg, die hohen Zinsen und der starke Produktionsrückgang deuten darauf hin, daß die Friktionen im Anpassungsprozeß über das Unvermeidliche hinaus beträchtlich verschärft worden sind. Welche Rolle haben dabei die Lohnpolitik und die Finanzpolitik gespielt, und was muß sich die englische Regierung selbst davon als Fehler zurechnen lassen?

Finanzpolitik außer Kontrolle

Die Regierung Thatcher hat seit 1979 drei Budgets vorgelegt. Im ersten Jahr wurden einerseits die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer gesenkt⁶, andererseits wurden die Mineralölsteuer und die Mehrwertsteuersätze von 8 % bzw. 12 1/2 % gleichermaßen auf 15 % erhöht. Dieser „Steuertwist“ war annähernd aufkommensneutral. Das neue Verhältnis von direkten Steuern zu indirekten entsprach damit in etwa dem Ende der sechziger Jahre. Zudem wurde angestrebt, den Nettokreditbedarf des zentralen Haushalts um 1 Mrd. £ auf 8 1/2 Mrd. £ zu senken⁷.

Im darauffolgenden Budget 1980/81 lautete das veranschlagte Defizit auf 8 1/2 Mrd. £, nachdem sich für das

⁶ Anhebung von Freibeträgen, Senkung des Proportionalsteuersatzes, Senkung des Spitzensteuersatzes, Abflachung des Progressionsverlaufs.

⁷ Im Haushaltsjahr 1979/80, von März 1979 bis Februar 1980.

vergangene Haushaltsjahr eine Überschreitung des Haushaltsansatzes auf knapp 9 Mrd. abzeichnete. Die Ansätze für das Jahr 1980 implizierten preisbereinigt einen Rückgang der Ausgaben um etwa 1/2 %. Gleichzeitig wurde mittelfristig bis 1984 real gerechnet ein Ausgabenrückgang von über 5 % anvisiert. Auch das für 1980/81 veranschlagte Defizit konnte indessen nicht eingehalten werden. Vor allem konjunkturbedingte Steuerausfälle und Mehrausgaben, teils aus konjunkturellen Gründen, teils wegen hoher Lohnzugeständnisse an öffentlich Bedienstete und wegen Subventionszusagen an staatliche Unternehmen, trieben das Defizit in die Höhe. Es erreichte im Haushaltsjahr 1980/81 annähernd 13 Mrd. £. Der durchschnittliche preisbereinigte Ausgabenanstieg von 1978/79, dem letzten Haushalt der Labour-Regierung, bis 1980/81 beträgt damit rund 2,0 %, obwohl sich die Regierung Thatcher von Anfang an eine Rückführung der Staatsquote vorgenommen hatte.

Das im März 1981 vorgelegte dritte Budget sieht für das laufende Haushaltsjahr in preisbereinigten Größen keinen weiteren Anstieg der Ausgaben vor. Auf mittlere Sicht bis 1984 wird nunmehr ein Rückgang um 4 % angepeilt. Im laufenden Jahr sollen mehrere Verbrauchsteuererhöhungen in Kraft treten, so für Bier, Mineralöl, Branntwein und Tabak. Weiterhin werden die Förderabgaben für Nordseeöl angehoben. Die Banken haben in der Zukunft eine Abgabe zu entrichten, die sich nach dem Umfang ihrer zinslosen Depositen richtet. Die Körperschaftsteuer wird durch die Anhebung von Freibeträgen etwas gesenkt.

Staatliche Zugeständnisse

Der wirtschaftspolitische Kurs ist von seiten der Finanzpolitik in mehrfacher Weise belastet worden. Die Preiswirkungen der kräftigen Mehrwertsteuererhöhung im Jahre 1979 haben die Verteilungsaueinandersetzungen in einer ohnehin schwierigen wirtschaftspolitischen Lage verschärft. Die Gewerkschaften forderten den Unternehmen die Einkommensteile ab, die der Staat zur Finanzierung seiner bisher kreditweise finanzierten Ausgaben an sich zog. Sie wehrten damit kurzfristig die Lasten ab, die den Einkommensbeziehern von der Regierung zwecks Konsolidierung der Staatsfinanzen zugedacht waren, und verstärkten dadurch den Druck auf die Unternehmenserträge.

Die Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst standen in den Jahren 1979 und 1980 überdies im Zeichen der Untersuchungsergebnisse, die die Clegg-Kommission zu Tage gefördert hatte. Danach war eine große Zahl der öffentlichen Bediensteten in den vergangenen Jahren in Einkommensrückstand zum privaten Sektor

geraten. Eine wichtige Begründung war die, daß frühere Regierungen der Lohnpolitik der öffentlichen Hand in den Jahren des „Social Contract“ eine einkommenspolitische Führungsrolle aufgezwungen hatten. Die Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften der in öffentlichen Diensten Beschäftigten waren damals darauf angelegt gewesen, besonders niedrige Lohnabschlüsse hervorzubringen, die dann aber in vielen Fällen von den Abschlüssen in der Privatwirtschaft nicht übernommen worden waren. Die Regierung Thatcher sah sich nun hohen Lohnforderungen ausgesetzt, die gestützt auf die Clegg-Kommission mit aufgestautem Nachholbedarf begründet wurden. Unter dem Druck von Streiks gab sie den Forderungen nach. Im Laufe des Jahres wurde für einen großen Teil der öffentlichen Bediensteten ein Einkommensanstieg von deutlich über 20 % vereinbart, der die Haushaltsplanung erheblich durcheinanderbrachte.

Zugeständnisse mußte die Regierung auch im Hinblick auf die Zuschüsse an staatliche Unternehmen machen. Einzelnen Erfolgen bei der Begrenzung des Zuschußbedarfs, wie bei British Leyland, standen indes Abstriche an den geplanten Sanierungsprogrammen und erneuter Lohndruck (British Steel, Coal Board) gegenüber. Um die Ausgaben trotz dieser Belastungen nicht ausufern zu lassen, mußten an anderer Stelle einschneidende Kürzungen vorgenommen werden. In erster Linie waren davon die öffentlichen Investitionen betroffen. Sie sind preisbereinigt seit 1979 beträchtlich zurückgegangen. Die Entwicklung der Jahre nach 1975, die durch einen anhaltend kräftigen Rückgang der staatlichen Investitionstätigkeit gekennzeichnet waren, hat sich somit fortgesetzt⁸. Ausschlaggebend dafür waren die Entscheidungen der Regierung im Hinblick sowohl auf die Investitionsausgaben im zentralen Haushalt als auch auf die Zuweisungen an die Gemeinden (Rate Support Grant). Der enge Rahmen für diese Zuweisungen, der freilich vor allem dazu gedacht war, den Gemeinden in Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften ihrer Arbeiter und Angestellten den Rücken zu stärken, hat letztlich übermäßigen Druck auf die Investitionsentscheidungen ausgeübt. Denn es hat sich herausgestellt, daß sich die Gemeinden den druckvoll vortragenen Forderungen der Gewerkschaften – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Zugeständnisse, welche die Regierung selbst gemacht hatte – nicht entziehen konnten. Der Anteil der staatlichen Investitionen an den

gesamten britischen Anlageinvestitionen ist nach einer kurzzeitigen Stabilisierung in den Jahren 1978 und 1979 seither wieder deutlich rückläufig⁹.

Konflikt mit der Lohnpolitik

Der Lohnpolitik war die Aufgabe gestellt, bei der Anpassung der Volkswirtschaft an ein niedrigeres Inflationstempo eine allzu starke Kompression der Unternehmenserträge zu verhindern. Dafür hätten sich die Lohnforderungen frühzeitig von den vergangenen Erfahrungen abkehren und an den zukünftigen niedrigeren Inflationsraten orientieren müssen. Ob zum Ausgangszeitpunkt Anfang 1979 ein Korrekturbedarf im Hinblick auf das Reallohniveau bestand, läßt sich empirisch nicht ohne weiteres quantifizieren. Die bis dahin schon seit längerem und nicht aus konjunkturellen Gründen bestehende Arbeitslosigkeit gibt zu der Vermutung Anlaß, daß sich die Lohnpolitik bis zum Jahre 1979 nicht flexibel genug bei der Bewältigung der gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklung gezeigt hat. Dabei mag auch die Steuerpolitik und die Wirtschaftspolitik im allgemeinen im Wege gestanden haben. Selbst wenn Beschäftigungsprobleme kurzfristig unvermeidlich sind, sei es wegen realer Schocks, inszeniert von den OPEC-Staaten, sei es wegen monetärer Schocks zur Beendigung eines heimischen Inflationsprozesses, stets sind die Tarifpartner vor die Aufgabe gestellt, eine Ausweitung der Arbeitslosigkeit durch lohnpolitische Flexibilität in Grenzen zu halten.

In welchem Maße man mit solcher Flexibilität rechnen kann, hängt ganz wesentlich mit davon ab, wie tarifpolitische Entscheidungen zustande kommen¹⁰. Anders als in der Bundesrepublik, gibt es in Großbritannien keine Einheitsgewerkschaft, deren Willensbildung von den Führungsorganen der Industriegewerkschaften geformt wird, und die ihrerseits bis weit in ihre Untergliederungen hinein auf Entscheidungen einzuwirken vermögen. Die herausragende Stellung der Hauptvorstände der Industriegewerkschaften bei der Koordination der Tarifverhandlungen ist eine günstige Voraussetzung für die Orientierung der Lohnpolitik an gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen und für ein kooperatives Zusammenwirken mit der staatlichen Wirtschaftspolitik. In Großbritannien bestehen solche Voraussetzungen nicht. Lohnpolitische Entscheidungen fallen hier überwiegend in Verhandlungen auf betrieblicher Ebene zwischen Unternehmensleitung und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, die für einzelne Berufsgruppen verhandeln. Ihr gruppenindividuelles Streben geht dahin, in der Konkurrenz mit anderen Berufsgruppen den höchstmöglichen Einkommensvorteil zu erlangen, in jedem Fall aber eine drohende relative Ver-

⁸ Vgl. Economic Trends, Hrsg.: Central Statistical Office, Februar 1981, S. 56.

⁹ Vgl. 1981: Investitionsrückgang in Europa, in: IFO-Schnelldienst 34 (1981), 6, S. 8.

¹⁰ Vgl. dazu ausführlich E. M. Lipp: Finanzpolitik und Lohnpolitik – Akteure zwischen Konflikt und Kooperation, Köln 1980.

schlechterung gegenüber anderen Berufsgruppen abzuwehren. Die Arbeitsteiligkeit moderner Betriebe und die faktische Absicherung gegen konkurrierende Arbeitnehmer von außen gibt dabei auch kleinen Gruppen schon ein umfangreiches Drohpotential an die Hand.

Die Anpassung an veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen fällt in Ländern mit dezentralen Lohnverhandlungen, wie Großbritannien, besonders schwer. Denn makroökonomische Zusammenhänge geben der Dynamik solcher tarifpolitischer Prozesse keine Führung; die Dachorganisation TUC hat von ihrer Stellung her kaum Möglichkeiten, auf die Vertrauensleute (Shop Stewards) nachhaltigen Einfluß auszuüben. Deshalb finden gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen in vielen Fällen erst Eingang in das Verhandlungskalkül, wenn der eigene Betrieb in seiner Existenz bedroht ist. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist dies indessen ein Zeitpunkt, zu dem die Produktionsverluste und die Kompression der Gewinnmargen bei einer großen Zahl von Unternehmen schon weit fortgeschritten sind, die Chance für einen möglichst friktionsarmen Anpassungsprozeß also schon vertan ist. Dieser Zeitpunkt scheint mittlerweile erreicht zu sein.

Angesichts dieser für die Wirtschaftspolitik ohnehin schwierigen lohnpolitischen Bedingungen wird deutlich, daß deren Zusammenspiel mit der Lohnpolitik im öffentlichen Sektor und mit der Steuerpolitik ein wichtiger Grund dafür war, daß die Strategie der Regierung Thatcher keinen ausreichenden verteilungspolitischen Flankenschutz bekommen hat.

Umstrittene Konzeption – umstrittene Politik

Die englische Wirtschaftspolitik muß sich den Vorwurf gefallen lassen, widersprüchliche Signale im Hinblick auf ihre eigenen Projektionen gesetzt zu haben. Die für die nächsten Jahre im voraus angegebenen monetären Zielgrößen signalisieren einen beständigen Rückgang der Inflationsraten. Andererseits begibt die Regierung zur Finanzierung der staatlichen Defizite mittel- und langfristige Schuldtitel zu Zinssätzen, an denen sich bisher noch keinerlei mittelfristige Preisdämpfungserwartungen ablesen lassen¹¹. Um in der gegebenen Umbruchsituation die Signalwirkung der geldpolitischen Ziele nicht zu beeinträchtigen, schlägt Parkin vor, für einen begrenzten Zeitraum indexierte Schuldtitel zu begeben. Damit wird dem steten Konflikt der Staatsschuldenpolitik Rechnung getragen, daß nämlich dem Staat als Marktteilnehmer immer auch eine gewisse Führungsrolle bei der Erwartungsbildung zufällt – zumal in einer Zeit labiler Erwartungen.

¹¹ So auch der Hauptvorwurf von M. Parkin, a. a. O., S. 17-19.

Im Gegensatz zu den mittelfristigen Bekundungen steht auch die Lohnpolitik im staatlichen Sektor. Als bedeutendster Arbeitgeber signalisiert der Staat mit den Lohnabschlüssen, in die er einwilligt, auch, welches Niveau von Preisen und Löhnen für kompatibel mit der Wirtschaftspolitik gehalten wird. Auch in dieser Hinsicht waren die ersten Jahre der Regierung Thatcher nicht hilfreich, die Anpassung der Volkswirtschaft an ein niedrigeres Inflationstempo ohne allzu große Friktionen zu unterstützen.

Die bisherigen Produktions- und Einkommensverluste als Folge destabilisierter Erwartungen bei restriktiver Geldpolitik geben den Skeptikern¹² der neuen wirtschaftspolitischen Strategie Auftrieb. Die Debatte¹³ darüber, ob der Weg zu mehr Vertrauen und weniger Inflation eher über eine von Anfang an mittelfristig orientierte Politik oder über eine expansive Geld- und Finanzpolitik gehen soll, entzündet sich vereinfacht gesagt an der Frage, wie sich die Impulse im Wirtschaftsprozess auf Preiswirkungen und reale Wirkungen aufteilen. Die Befürworter der expansiven Strategie sehen durchaus die zusätzlichen inflatorischen Risiken. Um diese gering zu halten und um größere reale Wirkungen zu erzielen, flankieren sie ihre Vorschläge mit dirigistischen Eingriffen, so mit einer umfassenden Einkommenspolitik (NIESR) oder mit Einfuhrbeschränkungen, die eine Verschlechterung der Leistungsbilanz und eine Abwertung mit ihren inflationstreibenden Wirkungen verhindern sollen (CEPG). Für eine von Anfang an mittelfristig orientierte Politik wird befürchtet, daß deren kurzfristig restriktive Impulse zunächst nur geringe inflationsdämpfende Wirkungen haben könnten, jedoch umfangreiche Produktionsverluste. Die Investitionsschwäche und der weitere Niedergang der Produktivität würden die Bedingungen für eine Wende zum Besseren eher verschlechtern.

Das Vertrauen derjenigen, die auf eine mittelfristig orientierte Politik setzen, gründet nicht zuletzt auf der Annahme, daß sich die Erwartungen der Akteure alsbald auf die mittelfristig angestrebte Preisänderungsrate ausrichten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich auch schon auf kurze Sicht Erfolge bei der Dämpfung des Preisauftriebs einstellen, die langfristigen Zinsen zu sinken beginnen und Produktionsverluste über das Unvermeidliche hinaus vermieden werden. Diese wichtige Voraussetzung aber scheint die britische Regierung nicht schaffen zu können.

¹² Dazu gehören vor allem das National Institute of Economic and Social Research (NIESR) und die Cambridge Economic Policy Group (CEPG).

¹³ Vgl. C. Allsopp und V. Joshi: Alternative Strategies for the UK, in: National Institute Economic Review, February 1980, No. 91, S. 86-103.